



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/105 - 8. Mai 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Jenseits der militärischen Atomdiskussion	S. 1
Die australische Labour-Party und die Einwanderung	S. 3
Die politischen Gefangenen in der Zone	S. 5
Um die Lohnfortzahlung für Arbeiter in Krankheitsfälle	S. 6

## Die andere Seite des Atomproblems

GM. Fast unbeachtet von der deutschen Öffentlichkeit und gewissermassen am Rande der aktuellen Diskussion über die atomare Aufrüstung auch der Bundesrepublik sind auf dem "Atomsektor" zwei Ereignisse eingetreten, die unter Umständen von grösster Bedeutung werden können.

Die Sowjetunion hat in den Vereinten Nationen das Programm und die Satzungen für die von Präsident Eisenhower vor längerer Zeit angeregte "Internationale Atomenergie-Agentur" gebilligt. Diese "Agentur" soll nach Möglichkeit alle Atomenergie erzeugenden Mitgliedstaaten der UNO in einer Organisation zusammenfassen. Sie soll - das war die Idee Eisenhowers - ein Programm zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in einem weltweiten Rahmen bearbeiten und schliesslich eines Tages auch in die Praxis umsetzen. Während die Sowjets kurz nach Bekanntgabe der Idee Eisenhowers zahlreiche Bedenken angemeldet hatten, entschlossen sie sich jetzt, ihre prinzipielle Zustimmung zu geben.

Die erste Tagung der "Atom-Agentur" soll bereits Mitte August dieses Jahres in Wien stattfinden. Ob dieser Termin eingehalten werden kann, ist noch nicht gewiss, da sich neuerdings im amerikanischen Senat Widerstände gegen den ursprünglichen Plan Eisenhowers zur Schaffung dieser atomaren Weltorganisation bemerkbar gemacht haben. Solange die Vereinigten Staaten die Ratifizierungsurkunden der "Agentur" nicht unterzeichnen, wird wohl kaum mit der Unterschrift durch Frankreich und England gerechnet werden können. Auffällig ist jedoch, dass die russische Diplomatie im Augenblick in allen Staaten der westlichen Welt äusserst bemüht ist, ihre Gesprächspartner von der Loyalität Moskaus bei der Mitarbeit an der

Atomagatur zu überzeugen.

Die Rollen sind also ausgewechselt worden. Moskau drängt jetzt zur Schaffung einer internationalen Organisation für die friedliche Nutzung der Atomenergie, während die Westmächte, von denen unter der Federführung Eisenhowers die Idee stammt, in die Rolle der Zögernden gedrängt wurden.

Auch auf einem anderen Gebiet scheinen die Rollen vertauscht zu sein. Als Präsident Eisenhower seinerzeit während der Genfer "Gipfelkonferenz" im Sommer 1953 zum ersten Mal den Plan einer allgemeinen Luftinspektion vorbrachte, zeigten sich die Russen lange Zeit äusserst verlegen. Sie äusserten gegenüber dem Plan Eisenhowers zahlreiche Vorbehalte und sabotierten praktisch jedes Gespräch über die Realisierung des Präsidentenplanes. Als im Herbst 1955 die Ausserminister des Westens mit Molotow wieder in Genf zusammentrafen, verschwand Eisenhowers Luftinspektions-Plan in der Versenkung.

Wenige Stunden vor Beginn der NATO-Konferenz in Bonn erklärte sich der russische Delegationsführer auf der Londoner Abrüstungskonferenz, der frühere Botschafter Sorin, plötzlich im Prinzip mit Eisenhowers Luftinspektions-Plan einverstanden. Natürlich waren Sorins Vorschläge so gehalten, dass die Zustimmung nur "im Prinzip" anerkannt werden konnte. Die Westmächte haben sich bis zur Stunde zu dem von Sorin vorgelegten Plan zur praktischen Durchführung der Luftinspektion noch nicht offiziell geäussert. Es liegen eine ganze Reihe offiziöser Erklärungen von westlicher Seite vor, aus denen hervorgeht, dass die russischen Auffassungen in der vorgeschlagenen Form nicht akzeptiert werden könnten. Das letzte Wort ist jedoch noch nicht gesprochen. Es wird weiter verhandelt und niemand wagt - weder der Westen noch der Osten - die Verhandlungsbasis über den Luftinspektions-Plan durch eine klare Ablehnung aufzugeben.

Es ist also noch alles in der Schwebe. Während die Bundesregierung entschlossen ist, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten, sitzen die "Grossen" in London und in New York am Verhandlungstisch und debattieren über die friedliche Nutzung der Atomenergie, über die Kontrolle der Atomwaffen oder gar über die Abrüstung. Eine groteske Situation!

Wie wir erfahren, sind auch im Auswärtigen Amt in Bonn massgebende Persönlichkeiten bemüht, die Bundesregierung vor eilfertigen Entscheidungen zu bewahren. Nicht nur wegen der Wahl! Auch die internationale

Situation lässt es angebracht erscheinen, in der Frage der atomaren Aufrüstung auf der Stelle zu treten. Die Frage, ob die Bundesregierung und ob besonders deren Chef, Bundeskanzler Dr. Adenauer, bereit sind, das internationale Gespräch über die friedliche Nutzung der Atomenergie und über die Kontrolle der atomaren Rüstung günstig zu beeinflussen, wird wohl erst am kommenden Freitag nach der "Atomdebatte" im Bundestag beantwortet werden können.

\* \* \*

### Harte Kritik an der Einwanderungspolitik

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die gegenwärtige konservative Regierung Australiens gibt sich grosse Mühe, die Menschenarmut dieses nicht ganz von acht Millionen Menschen bevölkerten Kontinents durch Einwanderer, vornehmlich aus den europäischen Ländern, zu beheben. Von Zeit zu Zeit bereisen australische Einwanderungs-Emissäre Europa, um nach Auswanderungslustigen Umschau zu halten - gleich den Kanadiern, deren Sorgen in dieser Hinsicht sich mit jenen der Australier treffen. Hunderttausende, darunter viele Deutsche, fanden als Strandgut des zweiten Weltkrieges in diesem Kontinent eine neue Heimat, viele gewöhnten sich rasch an die ihnen bisher völlig fremde Umgebung, viele wiederum fanden es schwer, sich zurechtzufinden. Wer jedoch einmal diesen Sprung über das grosse Wasser getan hat, kann nicht so leicht zurück. Finanzielle Mittel werden von der australischen Regierung zwar für die Hinreise, nicht aber für die Heimreise vorgestreckt. Auch scheint die Regierung nicht immer Vorsorge für eine gleichmässige, die Wirtschaft des Landes nicht störende, das Zusammenleben mit den Einheimischen möglichst konfliktfreie Unterbringung der Einwanderer getroffen zu haben. Die Stimmen für eine Beschränkung der Einwanderung nehmen sich; sichtbarster Niederschlag eines weitverbreiteten Unmutes sind die auf einem kürzlich abgehaltenen Kongress der australischen Labourparty erhobenen Forderungen, die gegenwärtige Einwanderungspolitik zu modifizieren und den Strom mehr in geordneteren Bahnen zu lenken.

Die Labourparty wirft der Regierung vor, nicht genügend finanzielle Mittel für den Bau von Häusern, Strassen, Schulen und Krankenhäusern bereitgestellt zu haben, um für die Einwanderer den in Australien gewohnten hohen Lebensstandard zu sichern. Der Mangel an Planung habe

dazu geführt, dass in bestimmten Gebieten, vor allem in den Städten, wieder Bluns entstanden, in denen sich Einheimische und Eingewanderte zusammendrängen - ein besonders ungesunder Zustand, da ohnehin die grosse Mehrzahl der Australier in den wenigen Städten an der Küste leben. Die Millionenstädte Sydney und Melbourne allein beherbergen über ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Eine die australischen Gewerkschaften in Marnisch bringende Folge der ungerichteten Einwanderung ist die in vielen Küstenorten entstandene Arbeitslosigkeit. Sie drückt den Lebensstandard, eine Tendenz, die noch durch das Bestreben von zugewanderten Unternehmern verstärkt wird, das Lohnniveau durch Unterbezahlung von Eingewanderten - sie können sich in der Regel dagegen nicht wehren - zu unterbieten. Das trägt natürlich nicht zum Frieden zwischen den australischen Arbeitnehmern und den Zugewanderten bei, hier liegen die Quellen einer verborgenen, allerdings noch nicht zum offenen Ausbruch gelangten Fremdenfeindschaft.

Die Heilmittel, die die Labourparty gegen diese ungesunden Auswirkungen einer ungerichteten Einwanderungspolitik empfiehlt, sind: Strengere Auswahl unter besonderer Bevorzugung von Fachkräften, gleichmässige Verteilung der Einwanderer über das ganze bewohnbare Land, eine Untersuchung über die bisherige Immigrationspraxis, die oft nach einseitigen politischen Gesichtspunkten erfolgte, und die sofortige Zulassung von Frauen, Kindern und Eltern der schon Eingewanderten. Ein Kuriosum ist die Forderung, dass das Verhältnis zwischen britischen und nichtbritischen Einwanderern 60 : 40 betragen und die Zeitungen neben der Muttersprache der Zugewanderten auch in Englisch erscheinen sollen. Diese Forderung erklärt sich wohl aus der Furcht vor dem Entstehen abgesonderter, mit dem Leben des Landes nicht verwurzelter nationaler Minderheiten und aus der Furcht vor einer Überfremdung. So heisst es denn auch in der betreffenden Entschliessung, der Labourparty, sie begrüsse alle alten und neu hinzukommenden Einwanderer, aber sie erwartet von ihnen das völlige Aufgehen in der australischen Nation und die vorbehaltlose Annahme der australischen Lebensweise und ihrer Einrichtungen.

Ost-Berlin fährt alten Kurs auch wieder in Strafvollzug

R.D. Wie aus Gesprächen mit kürzlich aus ostzonalen Gefängnissen entlassenen politischen Häftlingen hervorgeht, haben die ostberliner Justizorgane in Verbindung mit der Abteilung Strafvollzug der Hauptverwaltung "Volkspolizei" eine weitere Verschärfung der Disziplinarordnung in den ostzonalen Gefängnissen angeordnet.

Während im Rahmen der von sowjetischer Seite angestrebten politischen Entspannung auch die Vollzugsorgane in den ostdeutschen Gefängnissen eine Besserung der Verhältnisse anstrebten, ist nunmehr auch die Rückkehr zum alten harten Kurs bei der Behandlung von politischen Gefangenen offensichtlich geworden. Unter der Devise des sich verschärfenden Klassenkampfes in Ostdeutschland, ist die Pankower Regierung nach den Ereignissen in Ungarn bemüht, die eigene Position mittels einer verschärften Terrorjustiz zu sichern. Gab der Harich-Prozess schon den Auftakt zu einer rigorosen Verfolgung aller oppositionellen Kräfte, so hat die Einführung strafferer Behandlungsmethoden in den Gefängnissen der Zone keinen Zweifel über die Unnachgiebigkeit in der Gefangenenfrage offen gelassen.

Nach den neuesten Meldungen kommt die Verschärfung der Disziplinarordnung besonders durch den absolut militärischen Ton in den Anstalten zum Ausdruck. Im Umgang mit den Gefangenen verlangt das Wachtpersonal militärische Haltung und Redewendungen. Selbst das Einräumen der kargen Essensrationen in den Gemeinschaftsräumen gleicht beim An- und Abrücken militärischen Exerzieren, das solange zu wiederholen ist, bis es der Gefälligkeit der VP-Bewacher entspricht. Der Entzug der Bettwäsche bedeutet für die Häftlinge ebenfalls eine weitere Haftverschärfung. Protestaktionen mit Hinweis auf hygienische Gründe blieben erfolglos und wurden sogar in einzelnen Fällen disziplinarisch bestraft. Um die Produktion in den Anstalten anzukurbeln, wurde nur den sogenannten "Bestarbeitern und Aktivisten" Bettwäsche zugestanden. Alle anderen Strafgefangenen haben sich mit einem Strohsack und drei schmutzigen Decken zu begnügen. Während früher Eingaben der Gefangenen an die Generalstaatsanwaltschaft weitergeleitet wurden, werden diese heute von der sogenannten "Operativabteilung" der Anstalten bearbeitet und meistens unter fadenscheinigen Gründen abschlägig beantwortet.

Ein Teil der von der Sowjetunion amnestierten ehemaligen Kriegs-

gefangenen befindet sich immer noch in ostzonaler Haft. Nachdem 230 von den zur weiteren Strafverbüßung übergebenen Gefangenen im vorigen Jahr entlassen worden sind, verbleiben noch ungefähr 20 der in Rußland Amnestierten in der Strafanstalt Bautzen. Unter ihnen befindet sich der ehemalige Kriegsgefangene Walter Krause, der 1943 in sowjetische Gefangenschaft geriet. Krause hatte neben seinem Soldbuch auch einen Führerschein für Holzvergaserfahrzeuge im Besitz. Daraus konstruierte der sowjetische Geheimdienst eine Anklage, die ihn als Führer für die Vergasung von 300 000 russischer Kriegsgefangener verantwortlich macht. Krause wurde 1949 in Baku zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Nach der Beseitigung von Berija, dem Chef der NKWD, boten sowjetische Justizorgane Krause an, die Zahl der von ihm angeblich vergasteten russischen Bürger auf 120 000 zu reduzieren. Nach mehrmaligen vorangegangenen Protestaktionen lehnte Krause nunmehr die Wiederaufnahme seines Verfahrens ab. Er wurde im Dezember 1955 den ostdeutschen Behörden zur weiteren Strafverbüßung übergeben. Seine bisherigen Eingaben an die ostberliner Generalstaatsanwaltschaft wegen Freilassung wurden ausweichend beantwortet. Krause, dessen Gesundheitszustand infolge seiner nun 13jährigen Haft sehr labil ist, befindet sich immer noch in der Strafanstalt Bautzen.

Unter den in der Zone noch befindlichen politischen Häftlingen ist man der Ansicht, dass nicht zuletzt auch ein Zusammenhang zwischen der Behandlung der Amnestierung von Kommunisten in Westdeutschland und der verschärften Behandlung in den Strafanstalten der Zone zu bestehen scheint.

\* \* \*

#### Bruch eines Versprechens

sp- Wie ernst es den Arbeitern um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle ist, hat der Metallarbeiterstreik von Schleswig-Holstein bewiesen- der längste Streik in der Geschichte der Bundesrepublik. Es ist auch beim besten Willen nicht einzusehen, warum den Arbeitern ein Recht verweigert wird, das andere Berufsgruppen schon lange haben. Die Vorenthaltung dieses Rechtes widerspricht dem Grundgesetz und der gleichen Behandlung aller Staatsbürger. Der Arbeiter fühlt sich diskriminiert, als Bürger zweiter Klasse behandelt. Dies schafft böses Blut, es stört das Betriebsklima und den sozialen Frieden. Alles Gerede von der Vermenschlichung der Beziehungen in den Fabriken und des Arbeitsverhältnisses -7-

muss wirkungslos bleiben, solange dieser aufreizende Tatbestand der ungleichen Behandlung besteht; viele Arbeiter, besonders wenn sie kinderreiche Familien haben, sind nicht in der Lage, Notgroschen für den Krankheitsfall zurückzulegen. Die Nichtbezahlung des Krankengeldes für die ersten drei Tage bringt für die Betroffenen unnötige Härten, oft auch den Sturz in das soziale Elend.

Wer annahm, das Ergebnis der Betriebsrätewahlen bei der Kieler Howaldtwerft würde die Koalitionsparteien, vor allem die manchmal so sozial tuende CDU/CSU, veranlassen, dieses selbstverständlich sein sollende Anliegen der Arbeiter um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle gesetzlich zu sichern, sah sich bitter enttäuscht. Die größte Regierungspartei nahm die Kieler Warnung nicht zur Kenntnis. Sie nimmt den sozialen Unfrieden in den Betrieben in Kauf, sie verschliesst sich der Verwirklichung eines Postulates des Grundgesetzes, sie will auch weiterhin die unterschiedliche Behandlung erhalten, nach ihrem Willen sollen die Arbeiter auch in der Zukunft diskriminiert bleiben. Der Grundsatz von der Gleichheit der Staatsbürger findet in der CDU keinen Widerhall.

Das haben nun die abgeschlossenen Beratungen im Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages deutlich erkennen lassen. Der sozialdemokratische Antrag auf volle Verwirklichung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für Arbeiter fand nicht die Unterstützung der CDU - wo blieb hier eigentlich der so oft zitierte Gewerkschaftsflügel der CDU? - Es bleibt auch bei der Nichtbezahlung für die ersten drei Tage, sofern die Krankheit nicht zwei Wochen übersteigt. Besonders aufreizend ist die Klausel, dass dem Arbeiter im Krankheitsfalle nur dann der Zuschuss zum Krankengeld gewährt werden kann, wenn ihn kein Verschulden an seiner Erkrankung trifft.

Die getroffene Regelung, deren Annahme bei dem Mehrheitsverhältnis im Bundestag wohl nicht zu bezweifeln ist, ist kein Ruhmesblatt in der Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik. Sie wird Erbitterung in die Betriebschneidengerund jenen Kräften Auftrieb geben, die, wie im Falle der Howaldtwerft, das beleidigte Rechtsgefühl der Arbeiter für extreme politische Zwecke auszunutzen wissen.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel